Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Reichsmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Preise:
1 Millimeter Höhe, einspaltig 5 Rpfg., im Textteil 1 Millimeter Höhe 20 Rpfg. Anzeigenaufträge werden nur fl. unserem Tarif angenommen und ausgeführt. Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für richtige Wiedergabe unbeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort für alle Zahlungen Namslau (Schles.)

62. Jahrgang. — Fernsprecher 494.

Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.

Nr. 30. | Dienstag, den 6. Februar | **1934.**

Deutsche Denkschrift vom 19. Januar.

Die deutsche Regierung veröffentlicht jetzt die Denkschrift vom 19. Januar, mit der sie das französische Aide mémoire beantwortet hat. Die Reichsregierung begrüßt einleitend die unmittelbare diplomatische Aussprache und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die von beiden Seiten gewünschte Verständigung nur weiter gefördert werden könne, durch eine offene und klare Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung des Inhaltes des französischen Aide-mémoires. Die deutsche Antwortnote gibt dann eine eingehende Darstellung der Auswirkungen des französischen Abrüstungsplanes für Deutschland, zeigt eine große Reihe von Lücken und Unklarheiten auf, um schließlich konkret die Lage darzustellen, die geschaffen würde wenn es zu einer Konvention auf der Grundlage der französischen Vorschläge käme.

Für Deutschland bleibe die Frage entscheidend, ob seine Diskriminierung noch um eine weitere Reihe von Jahren verlängert werden soll. Können, so heißt es in der Denkschrift, die anderen Mächte für einen solchen, mit der Ehre und Sicherheit Deutschlands unvereinbaren Plan irgend einen stichhaltigen Grund anführen? Das ist nach der festen Ueberzeugung der deutschen Regierung völlig ausgeschlossen. Die Behauptung des Aide-Mémoire, daß die Gleichberechtigung Deutschlands hinsichtlich des Materials nach der Erklärung vom 11. Dezember 1932 die vorherige Durchführung der Umwandlung der Reichswehr zur Voraussetzung habe, findet weder in dieser Erklärung noch in anderen Abmachungen oder Tatsachen eine Stütze.

Neben angeführten allgemeinen Gesichtspunkten bedürfen auch noch manche Einzelpunkte des französischen Vorschlages der Klärung. Einige dieser Fragen seien in der anliegenden Zusammenstellung aufgeführt. Für ihre Beantwortung wäre die deutsche Regierung dankbar.

Wenn man sich die Hauptpunkte des französischen Planes und seine Folgen vergegenwärtigt, erheben sich, so wird weiter erklärt, ernste Zweifel darüber, ob auf diesem Wege eine Regelung des Abrüstungsproblems gefunden werden kann, die wirklich der Gerechtigkeit entsprechen und der Sicherung des Friedens dienen würde. Alles in allem betrachtet, erscheint der deutschen Regierung der Stand des Problems auch heute noch in dem gleichen Lichte wie vor einigen Monaten, als sie sich wegen des völligen Versagens der Genfer Methoden zum Austritt aus dem Völkerbund und zum Verlassen der Abrüstungskonferenz veranlaßt sah und sich zu einem neuen Vorschlag entschloß. Die deutsche Regierung bedauert es auf das lebhafteste, daß die französische Regierung den Ausgangspunkt dieses Vorschlages in den Ausführungen ihres Aide mémoire nicht gewürdigt hat.

Nicht weil sie den Gedanken der Abrüstung aufgeben und statt dessen eine Aufrüstung Deutschlands fordern wollte, hat die deutsche Regierung ihren Vorschlag gemacht. Sie muß immer wieder mit allem Nachdruck betonen, daß Deutschland von sich aus nichts dringender wünscht als eine möglichst weitgehende augemeine Abrüstung. Die deutsche Regierung würde es noch immer für die beste Lösung halten, wenn alle Länder ihre Rüstungen entsprechend der im Versailler Vertrage vorgesehenen Entwaffnung herabsetzten. Damit würde auch die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands die einfachste Regelung finden. Jedenfalls gibt es keine noch so weitgehende Maßnahme auf dem Gebiete der quantitativen oder der qualitativen Abrüstung, die Deutschland nicht sofort anzunehmen bereit wäre, wenn sie in gleicher Weise auch von allen anderen Staaten ausgeführt würde. Schon diese oft wiederholte, eindeutige Erklärung gibt der deutschen Regierung das Recht, die Behauptung, als sei das eigentliche Ziel ihrer Politik die Aufrüstung Deutschlands, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Wenn der Vorschlag der deutschen Regierung dahin ging, eine erste und schnelle Regelung auf der Grundlage einer Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren jetzigen Rüstungsstand zu suchen, so ist dies allein deswegen geschehen, weil nach ihrer Ueberzeugung der Verlauf der nun bald acht Jahre andauernden Verhandlungen klar gezeigt hat, daß die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerüsteten Mächte gegenwärtig, aus welchem Grunde auch immer, an einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit sind. Auch das Aide-mémoire vom 1. Januar stellt eine derartige Abrüstung nicht in Aussicht. Selbstverständlich ist es aber nicht der Sinn des deutschen Vorschlages, jetzt auch solche einzelnen Abrüstungsmaßnahmen beiseite zu schieben, über die eine Einigung alsbald möglich erscheint. Im Gegenteil ist der deutschen Regierung nichts erwünschter, als wenn in der von ihr angeregten Regelung möglichst weitgehende Rüstungsbeschränkungen festgesetzt werden. Diese werden jedoch, wie sich die Sachlage auch heute noch der deutschen Regierung darstellt, keinesfalls ein Ausmaß erreichen, daß damit die Gleichberechtigung Deutschlands gemäß der Erklärung vom 11. Dezember 1932 ohne weiteres verwirklicht wäre.

Sieht man dieser Realität ins Auge, dann bietet sich, um überhaupt zu einer baldigen vertraglichen Regelung zu kommen, kein anderer Ausweg, als die Abrüstungsmaßnahmen, über die eine Einigung im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, festzulegen, im übrigen aber die Rüstungen der hochgerüsteten Staaten für die Dauer der ersten Konvention auf den gegenwärtigen Stand zu begrenzen und die Gleichberechtigung Deutschlands durch eine gewisse Anpassung seiner Rüstungen an das Rüstungsniveau der anderen Länder zu verwirklichen. Dieser Vorschlag bezweckt also nichts anderes, als aus einer nun einmal gegebenen, nicht von Deutschland verschuldeten Lage die Konsequenzen zu ziehen. Es kann Deutschland unmöglich zugemutet werden, die Konsequenzen dieser Lage in der Weise allein auf sich zu nehmen, daß es noch jahrelang einseitigen Rüstungsbeschränkungen unterworfen bleibt, die für andere Staaten nicht gelten und zu deren Rüstungsniveau in gar keinem Verhältnis stehen.

Es ist auch nicht abzusehen, inwiefern die Durchführung des deutschen Vorschlags ein Wettrüsten zur Folge haben könnte. Es würde sich für Deutschland nur um die Schaffung einer Verteidigungsarmee handeln, die nicht im entferntesten eine Bedrohung für irgendwein anderes Land darstellen könnte. Ueberdies geht der deutsche Vorschlag ja dahin, daß für alle Staaten bestimmte Rüstungsgrenzen vertraglich festgelegt werden sollen, wodurch die Möglichkeit eines Wettrüstens von vornherein ausgeschlossen werden würde.

Schließlich weist die deutsche Note die Behauptung zurück, daß die Ziffer von 300 000 Mann für die deutsche Verteidigungsarmee zu hoch gegriffen sei, und führt in diesem Zusammenhang die Heeres- und Rüstungsbestände der Nachbarn Deutschlands zum Vergleich an. Weiter wird auf die im Gegenzug zu den anderen Staaten in Deutschland völlig fehlenden Reserven hingewiesen und nochmals betont, daß die SA. und SS.-Formationen keinen militärischen Charakter haben. Die Reichsregierung habe sich im übrigen ja bereit erklärt, den nichtmilitärischen Charakter der in Rede stehenden Verbände der geplanten internationalen Kontrolle zu unterstellen, sofern die anderen Länder für ähnliche bei ihnen bestehende Organisationen die gleiche Verpflichtung übernehmen. Weiter gibt die Reichsregierung der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich eine Verständigung über die Polizei voraussichtlich werde unschwer erzielen lassen.

Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß die Umwandlung der Reichswehr in eine Armee mit kurzer Dienstzeit praktisch nicht durchführbar ist, wenn dieser Armee nicht gleichzeitig die notwendigen Waffen gegeben werden. Die deutsche Denkschrift wirft dann die Frage nach der Einbeziehung der Ueberseetruppen in das System der Herabsetzung der Personalbestände auf. Bezüglich der Luftstreitkräfte stellt die Reichsregierung fest, daß der jetzige Zustand der radikalen Ungleichheit und der völligen Wehrlosigkeit Deutschlands in der Luft durch die Aufstellung des in unbestimmter Zukunft zu verwirklichenden Zieles einer allgemeinen Abschaffung der Militärluftfahrt nicht erleichtert werden könne.

Bedenklich ist weiter die deutsche Frage, ob die französischen Ausführungen über die Kontrolle etwa dahin zu verstehen seien, daß das ganze Regime der sogenannten zweiten Abrüstungsphase von den Erfahrungen während der ersten Phase abhängig gemacht werden soll. Wenn das die Absicht wäre, so würde die Durchführung der allgemeinen Abrüstung mit einem gefährlichen Unsicherheitsfaktor belastet werden.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß die Hauptpunkte, in denen die Ansichten der beiden Regierungen hinsichtlich des Abrüstungsproblems noch auseinandergehen, die Frage der Berechnung der Personalstärken und die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen sind. In beiden Fragen ergibt sich aber nach Ansicht der deutschen Regierung die zu treffende Regelung im Grunde von selbst, wenn man die hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkte sachlicher, rechtlicher und moralischer Art unvoreingenommen würdigt.

Die französische Regierung kann nicht verkennen, daß das, was die deutsche Regierung in dieser Beziehung fordern zu müssen glaubt, weit hinter dem zurückbleibt, was Deutschland bei wirklich vollständiger Durchführung der Gleichberechtigung zuzubilligen wäre. Auch wenn die künftige deutsche Armee mit kurzer Dienstzeit 300 000 Mann stark ist, und wenn sie gleichzeitig mit der Umwandlung der Reichswehr in den neuen Armeetypus die notwendigen Verteidigungswaffen erhält, behalten Frankreich und die anderen hochgerüsteten Staaten einen gewaltigen Vorsprung auf dem Gebiete der Rüstungen. Unter diesen Umständen könnte die Ablehnung der deutschen Forderungen nur bedeuten, daß man die Gleichberechtigung Deutschlands in Wahrheit nicht anerkennen will. Die deutsche Regierung hofft deshalb, daß sich die französische Regierung, wenn sie alle bei dem Problem zu berücksichtigenden Momente noch einmal in Erwägung zieht, dem deutschen Standpunkte nicht verschließen, und daß sie so den Weg zu der von Deutschland dringend gewünschten Verständigung finden wird.

Die deutsche Regierung teilt selbstverständlich die Auffassung, daß das Abrüstungsproblem nicht allein durch Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich gelöst werden kann, daß dazu vielmehr Verhandlungen mit allen beteiligten Staaten notwendig sind. Diese allgemeinen Verhandlungen werden aber durch eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich über die prinzipiellen Fragen wesentlich erleichtert werden, da eine solche Einigung eine der Voraussetzungen für das Zustandekommen der Abrüstungskonvention bildet.

Daß und in welchem Gelste Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist, ergibt sich aus seinem Angebot des Abschlusses von Nichtangriffspakten. Die äußere Form, in der sich eine solche Zusammenarbeit künftig am besten verwirklichen kann, erscheint der deutschen Regierung als eine Frage, die späterer Beantwortung vorzubehalten sein wird. Das dringende Gebot des Augenblicks ist die Regelung der Abrüstungsfrage, deren Gelingen den Weg für die Lösung der anderen offenen politischen Probleme freimachen wird.

Aufklärung notwendig!

1. **Auf welche Höchststärke sollen die gesamten französischen Personalbestände in Heimat und Uebersee herabgesetzt werden?**
2. **In welcher Weise sollen bei der in dem französischen Aide-Mémoire vorgesehenen Regelung die Ueberseetruppen und die ausgebildeten Reserven Frankreichs in Rechnung gestellt werden?**
3. **Ist Frankreich bereit, falls die Umwandlung der Heere in Verteidigungsheere mit kurzer Dienstzeit sich nicht auf die im Heimat- wie im Uebersegebiet stehenden Ueberseestreitkräfte erstreckt, eine Verpflichtung zu übernehmen, Ueberseetruppen in Kriegs- und Friedenszeiten im Heimatgebiet oder zu stationieren noch zu verwenden?**
4. **Was soll mit den das Kaliber von 15 Zentimeter überschreitenden Geschützen der beweglichen Landartillerie geschehen? Sollen sie zerstört werden? Soll auch weiterhin die Ausbildung an diesen Geschützen zulässig sein?**
5. **Welche Höchsttonnage soll für Tanks vorgesehen werden, und was soll mit den diese Höchsttonnage überschreitenden Tanks geschehen?**
6. **Denkt die französische Regierung für alle Länder an eine zahlenmäßige Beschränkung einzelner Waffengattungen, und zwar unter Einschluß der lagernden Bestände? Welche Waffengattungen sind dies?**
7. **Mit welchem Material sollen die französischen Truppen, die der Vereinheitlichung der Heere nicht unterworfen werden, ausgerüstet werden?**

8. Binnen welcher Frist würde die Herabsetzung der im Dienst befindlichen Flugzeuge um 50 v. H. durchgeführt werden? Soll die Beseitigung der ausscheidenden Flugzeuge durch Zerstörung erfolgen oder auf welche andere Weise?
9. Worauf soll sich die Kontrolle der Zivilluftfahrt und der Flugzeugherstellung erstrecken, die nach dem französischen Vorschlag die Voraussetzung für die Herabsetzung der im aktiven Dienst befindlichen Militärflugzeuge sein soll?
10. Soll die allgemeine Abschaffung der Militärluftfahrt in der Konvention für einen bestimmten Zeitpunkt endgültig festgelegt werden und für welchen?
11. Soll das Bombenabwurfverbot, das die französische Regierung anzunehmen bereit ist, allgemein und absolut sein, oder welchen konkreten Einschränkungen soll es unterworfen werden?
12. Sind die Ausführungen des Aide-Mémoire über die Kontrolle des Kriegsmaterials so zu verstehen, daß Frankreich für sich nur die Kontrolle der Fabrikation und der Einfuhr anzunehmen bereit ist, oder soll sich diese Kontrolle auch auf die Bestände an im Dienst befindlichen und lagernden Material erstrecken?
13. Welche Stellung nimmt die französische Regierung hinsichtlich der Rüstungen zur See ein?

Amerika erkennt den deutschen Friedenswillen an

Washington, 3. Februar. Es bestätigt sich, daß die Haltung der amerikanischen Regierung zur Frage der Erhöhung des deutschen Rüstungsstandes wesentlich freundlicher geworden ist. Man ist jetzt unter dem Einfluß der italienischen und britischen Vorschläge zu der Ansicht bekehrt worden, daß es besser sei, Deutschland auf den Rüstungsstand zu bringen, auf den die anderen abzurüsten etwa bereit wären. Wesentlich beigetragen zu dieser Sinnesänderung haben auch das deutsch-polnische Abkommen und insbesondere die letzte Rede des Reichskanzlers.

Ein notwendiges Verbot

Alle monarchistischen Verbände aufgelöst.

Berlin, 3. Februar.

Auf Grund einer Anregung des preußischen Ministerpräsidenten hat sich der Reichsminister des Innern veranlaßt gesehen, die Landesregierungen zu ersuchen, alle monarchistischen Verbände sofort aufzulösen und zu verbieten.

Die Maßnahme hätte sich erübrigt, wenn sich die Verbände der gebotenen Zurückhaltung befleißigt und auf die Pflege rein geschichtlicher Erinnerungen beschränkt hätten. Der nationalsozialistische Staat wird die historischen Verdienste großer deutscher Fürsten und Könige stets anerkennen. Er kann es aber nicht dulden, daß sich dunkle Elemente in die monarchistische Bewegung einschleichen und den Versuch machen, sie zu einer Opposition gegen den nationalsozialistischen Staat auszubauen. Schon solche Versuche verstoßen gegen Sinn und Geist des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, das die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als einzige in Deutschland bestehende Partei anerkannt hat.

Die Antwort an Wien

Entschiedene Zurückweisung der österreichischen Verdächtigungen.

Berlin, 3. Februar.

Das österreichische amtliche Communiqué über die Sitzung des Ministerrats in Wien vom 2. d. Mts. teilt mit, daß die Antwortnote der deutschen Reichsregierung den von der österreichischen Bundesregierung erhobenen Beschwerden in keiner Weise Rechnung trage und sich damit begnüge, die einzelnen Beschwerdepunkte einfach in Abrede zu stellen. Aus diesem Grunde habe der Ministerrat die deutsche Antwortnote einhellig für unbefriedigend befunden. Angesichts dieser Stellungnahme der österreichischen Regierung hätte es die deutsche Regierung für angebracht, die deutsche Antwort bekannt zu geben.

Es handelt sich nicht, so heißt es in der deutschen Antwort, um einen Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten als solchen, der unter die von der österreichischen Regierung gestellt gemachten formalen Begriffe des Völkerrechts fiele, sondern um die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer historischen Bewegung des ganzen deutschen Volkes. Der Nationalsozialismus, der die Bevölkerung des Reiches mit elementarer Kraft ergriffen, und der die deutsche Bevölkerung Oesterreichs schon seit langem in seinen Bann gezogen hat, wird von der österreichischen Regierung mit allen Mitteln der Gewalt in seiner legalen Entwicklung und freien Entfaltung gehindert. Es ist selbstverständlich, daß durch die politische Grenze zwischen dem Reich und Oesterreich das Gefühl völkischer und geistiger Verbundenheit nicht beseitigt und das Uebergreifen volksbewegender Ideen nicht aufgehalten werden kann.

Die österreichische Regierung kann nicht erwarten, daß Deutschland einem Regierungssystem gleichgültig gegenübersteht, das alles das entrechtet und unterdrückt, was das deutsche Volk mit neuem Mut und neuer Zuversicht erfüllt. Es ist unvermeidlich, daß der schwere innerpolitische Konflikt in Oesterreich auch auf das Verhältnis des Reiches zu Oesterreich seine gefühlsmäßige Rückwirkung hat. Trotzdem hat die deutsche Regierung es auf das peinlichste vermieden, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen.

Sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß ihr jeder Gedanke an gewaltsame Einmischung oder irgendeine Verletzung vertraglicher Bindungen vollkommen fern liegt. Sie kann daher nur ihr lebhaftes Befremden darüber äußern, daß die österreichische Regierung bei mehrfachen Anlässen die deutsche Regierung verdächtigt hat, als ob sie die Unabhängigkeit Oesterreichs bedrohe.

Nach eingehender Widerlegung der einzelnen Beschwerden der österreichischen Regierung bringt die deutsche Regierung zusammenfassend ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die österreichische Regierung es für angezeigt gehalten hat, schwerwiegende Vorwürfe zu erheben, obwohl sie deren Unrichtigkeit aus den ihr von der deutschen Regierung bereits bei früherer Gelegenheit gemachten Mitteilungen ohne weiteres hätte ersehen können. Das Vorgehen der österreichischen Regierung hat die deutsche Regierung um so mehr befremdet, als die österreichische Regierung, ohne das Ergebnis der deutschen Untersuchung abzuwarten, gleichzeitig mit ihrem Schritte in Berlin andere Regierungen mit der Angelegenheit befaßt hat.

Wenn die österreichische Regierung darüber hinaus erklärt, sie müsse ernstlich in Erwägung ziehen, sich an den Völkerbund zu wenden, so muß ihr die Verantwortung für einen solchen Schritt überlassen bleiben. Die deutsche Regierung ist jedenfalls nicht der Ansicht, daß das vorliegende Problem, das seine Wurzeln letzten Endes in einem rein innerpolitischen Konflikt in Oesterreich hat, der internationalen Behandlung zugänglich wäre und auf diesem Wege gelöst werden könnte.

Vor einer internationalen Aktion Oesterreichs

Dollfuß von der deutschen Antwort unbefriedigt

Wien, 3. Februar. Die österreichische Regierung veranstaltete am Freitag für Bundeskanzler Dollfuß einen Straßenaufmarsch des niederösterreichischen Bauernbundes. Amtliche Mitteilungen beziffern die Zahl der Teilnehmer auf 100 000. Nach dem Marsch durch die Straßen begaben sich die demonstrierenden Bauern in die Halle des Nordwestbahnhofs. Dort hielt Bundeskanzler Dollfuß eine längere Rede, in der er der nationalsozialistischen Bewegung und der Reichsregierung die bereits bekannten und oft widerlegten Vorwürfe machte. Dollfuß bezeichnete die deutsche Antwort auf die österreichische Notiz als ungenügend und kündigte an, daß Oesterreich seinen „Weg der Pflicht im Vertrauen auf sein Recht" weitergehen werde.

Anrufung des Völkerbundes gegen Deutschland

Wien, 3. Februar. Nach einer halbamtlichen Mitteilung wird ein außerordentlicher Ministerrat bereits in allernächster Zeit zusammentreten, um den endgültigen Beschluß über die internationale Aktion Oesterreichs gegen Deutschland zu fassen. Die allgemein als unmittelbar bevorstehend angesehene Anrufung des Völkerbundes durch die Regierung wird von der Presse bereits als feststehende Tatsache hingestellt.

Der Führer vor den Gauleitern

NSDAP. der Garant für die Entwicklung der Nation

Berlin, 3. Februar. Die Gauleitertagung in Berlin fand ihren Höhepunkt und Abschluß mit der Rede des Führers. Zu eingehenden Ausführungen wies der Führer zunächst auf die Größe und Bedeutung der Aufgabe hin, den nunmehr eroberten Staat nicht nur mit der nationalsozialistischen Weltanschauung völlig zu durchdringen, sondern auch den gesamten Staatsapparat im Geiste der siegreichen Bewegung zu einem lebensvollen Organismus auszubauen. Als stabiles Gerüst einer solchen Staatsorganisation brauche die Führung eine Garde von zuverlässigen politischen Funktionären, eine Verwaltungsapparatur, die die Führung in die Lage versetze, das nationalsozialistische Gedankengut auf allen Gebieten auch praktisch zu verwirklichen. Nur mit einem solchen schlagfertigen Instrument könne die Befehlsfähigkeit der Führung nach unten voll zur Wirkung kommen.

Die Form, in der die Verschmelzung von Weltanschauung und Staat durchgeführt werde, sei die Partei. In der großen, vom ganzen Volke getragenen Gemeinschaft des nationalsozialismus müsse die Partei ein auserlesener Orden des Führertums sein. Was der Staat vom Volk verlange, das werde dieser Orden einer verschworenen Führergemeinschaft in bedingungsloser Unterordnung unter seine eigenen Gesetze in komprimierterer Form bei sich selbst verwirklichen. In dieser auf Gedeih und Verderb verbundenen Gemeinschaft werde die absolute Kontinuität der Entwicklung der deutschen Nation für alle Zukunft niedergelegt sein. Denn nachdem diese neue Führerorganisation des deutschen Volkes durch eine einmalige schöpferische Leistung errichtet sei, gewährleiste sie nunmehr in sich die durch nichts zu unterbrechende Folge der höchsten Führerpersönlichkeit. Wer in kommenden Zeiten als Führer vor die Bewegung gestellt werde, werde immer die Partei als ein beispiellos geschlossenes, in blindem Gehorsam der Idee dienendes Instrument und in ihr bereits den sicheren Garanten für die weitere Zukunft finden. In der Harmonie zwischen Partei und Staat liege somit letzten Endes die Kraft, die es dem Staat ermögliche, alle Probleme zu meistern.

Hungersnot in Polen

Bereits mehrere Opfer des Flecktyphus.

Infolge der vorjährigen Mißernte ist im Wilna-Gebiet ein großer Notstand eingetreten. Besonders schwer sind fünf nordöstliche Bezirke des Wilnagebietes betroffen.

Ein Hilfsausschuß, der unter der Leitung des General Zeligowski steht, hat eine Aktion für 20 000 notleidende Familien eingeleitet und sich zu diesem Zweck mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit gewandt. Die Regierung hat bereits große Mengen von Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt. Der Hunger begünstigt die Ausbreitung des Flecktyphus, der bereits mehrere Opfer gefordert hat.

Die versunkene Flotte.

Roman von Helmut Lorenz.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Nein, es war gut so! Nur mehr bei sich zu Hause wollte sie ihn haben, besonders als der Junge angekommen war, der kleine Gerd. Das wäre schön gewesen!

Aber es war anders gekommen! Vor drei Jahren. Als Jonni Obermaat geworden war, fiel der schwere Schlag, er mußte ins Ausland auf den Kreuzer „Scharnhorst". Ganz gewiß eine Auszeichnung; aber es war doch hart und wurde unendlich schwer.

In Wilhelmshaven hatte sie es nicht ausgehalten, war zu ihrem Vater, dem Seefischer Harm Saß, nach Finkenwärder gezogen, und zum Großvater. Sie waren gut und lieb zu ihr. Aber Sehnen, Bangen die drei langen, langen Jahre!

Nun, Gott sei Dank, vor fünf Tagen kam der Brief: Mitte September hatte sie ihn wieder!

Was würde er zu dem Jungen sagen! Er kannte ihn ja noch gar nicht richtig . . .

Wieder fliegt der Schatten über ihr Gesicht, wieder bohren sich ihre Augen in den flimmernden Glast gen Nordwest. Grausam schweigt die Wasserfläche. Wo nur der Vater bleibt?

Bald sieben Tage sind es her, seit der Gewittersturm über die Nordsee fegte . . .

Welche furchtbare Nacht auch nach dem Unwetter! Alle waren sie aufgeblieben in dieser Nacht. Wie wimmerte und heulte der Sturm, wie jagte er fliegende Wolkenfetzen über den Himmel! Dazwischen belchten der Mond grell die weißen Schaumköpfe der hochgehenden Elbe, Sprühgischt peitschten über die Deichkrone.

Und wie mußte es erst draußen aussehen, auf See, bei Helgoland und auf der Doggerbank!

Am nächsten Tage flaute das Wehen ab. Da kamen sie zurück, die Fischer, erzählten von gewaltigen Sturzseen und von donnernden Brechern, kamen zurück mit zerrissenen Segeln und zerbrochenem Geschirr, die Streiter gegen Wind und Wellen, die Sieger über Wetter und Flut. Thees Droste hatte den „Sturmvogel" noch gesehen, wie er, ohne Reff im Segel, fischte. Alle hatten die Kurre eingezogen vor den schweren Gewitterwolken, nur der Vater hatte gelacht, wie Harm Saß immer lachte, wenn der blanke Hans tobte, die Seen über Deck gierten und wuschen, wenn die Schoten knatterten, der Ewer bebte und stampfte in dem kochenden Gischt.

Die anderen hatten noch eben vor Sturmsock und Sturmanker zurückfinden können. Vater kam nicht . .

Im Schatten seines schmucken Häuschens, am Deich auf der grünen Bank sinnt Großvater Jacob Saß, der greise Fahrensmann, ein hoher Siebziger, und schmaucht sein Pfeifchen.

Der weiße Fräsenbart umrahmt das rötliche von feinen Fältchen durchzogene Gesicht. Er dämmert über das Wasser hin, das Kinn auf dem Stock stützend, die Augen fallen ihm zu.

Da! . . . auf dem grünen Damme . . . zwei Gestalten, Hand in Hand, . . . ist das nicht Trina und neben ihr sein Sohn Harm, ihr Mann, . . ihm Oelzeug? Freundlich und selig nicken sie ihm zu . .

Der Alte fährt auf . . . der Damm ist leer!

Jetzt weiß er es: Harm ist geblieben . . . Wie konnte es auch anders sein! Der beste Ewer ist verloren, wenn er nicht reft und ihm die Bö ins Segel fällt.

Kord Roewer kam nach Finkenwärder, der Marschinsel links der Norderelbe. Wie lange schon war er nicht in seiner Heimat gewesen! Kleine saubere Häuser mit roten Ziegeldächern, nur auf der Südseite der langgestreckten einzigen Straße. Blühende Fliederbäume und Rosensträucher in den Vorgärtchen, Blumen in den Fenstern. Alles wie einst.

Vorn gleich rechts am Ufer, da lag er ja, der Ewer von Thees Droste mit seinem breiten grünen Steven; sah ja böse aus.

Gegenüber, vor dem Häuschen, winkte der Fischer:

„Hallo, Kord, wat mokst noch, ool Jung?"

„Wat schallt mok'n? Dennst mokt wü un wieder nix. Dat weeß du jo.

„Wi jo geiht dat nu bannig scharp her. Barg Arbeit, wat? Hast ook noch Lust daarto?"

„Müßt ick jo. Oder jegg mol . . . du kannst di doch dink'n, worüm ick kommu bün? Wat steiht dat eegentlich mit Harm Saß? Heft jüllbst seggt, dat du em noch sehr heft."

Thees schlug betroffen die Augen nieder, atmete tief und schwieg.

„Du, Thees! Wenn du wat weeßt, denn jegg mi dat. Wißheit mött wü hebbn, dat de ooln Lüd un Anna nee länger in Unrauh sünd."

„Jo good, dat du kromm'n deihst. Ick harr dat noch länger utholn. — Jo, Harm is up See bleebn."

„Vertell! Ick hün up alles gefoot."

„Dat wür up de Doggerbank. Gegen Obend", fuhr Thees leise fort, „ick fischt dicht bi Harm. De keemn in Westen swarte Wolken up. — Gau steek ick twee Reff miehr un teug de Kurr in. „Magst noch fischen, Harm?" reep ick em to. Harm ober lach, mok teen Reff in sin Seil un leet ool de Kurr hat'n."

(Fortsetzung folgt.)

Mit Arsenik vergiftet

Eine Pflegerin als Mörderin entlarvt.

Göttingen, 3. Februar.

Vor einigen Jahren starb in Hörde am Harz die Offizierswitwe Frau von Berkefeld, eine in der Gegend bekannte und geachtete Frau. Ihre Pflegerin, eine Frau Großkopff, machte alsbald gegen die Erben der Verstorbenen Ansprüche geltend; sie legte einen Darlehensvertrag mit Frau von Berkefeld vor, nach dem sie der Offizierswitwe angeblich 3000 Mark geliehen haben wollte, die sie nun zurückverlangte. Da die Erben Einspruch erhoben, kam es zu einer Zivilklage vor dem hiesigen Landgericht.

Im Laufe des Prozesses wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß die Unterschrift der Frau von Berkefeld gefälscht war. Die Staatsanwaltschaft erhielt von dem Vorfall Kenntnis und ordnete die Ausgrabung der Leiche an. Der Sektionsbefund war überraschend. Die Leiche enthielt ein solches Quantum Arsenik, daß man damit eine ganze Familie hätte umbringen können.

Inzwischen wurde auch ermittelt, daß die Großkopff sich tatsächlich Arsenik verschafft hatte. Sie ist wegen Betruges bereits vorbestraft. Frau Großkopff wurde festgenommen und ins Göttinger Untersuchungsgefängnis gebracht.

Ehrung alteingesessener Bauern und Landwirte

Die Landesbauernschaft Schlesien verleiht Bauern- und Landwirtsfamilien in ihrem Bereich, die nachweislich seit mindestens 200 Jahren das gleiche Anwesen durch Uebergabe auf den Sohn oder die Tochter oder auf Familienangehörige desselben Namens besitzen und auch selbst bewirtschaften, auf Ansuchen eine künstlerisch ausgestattete Ehrenurkunde. Ausgeschlossen von der Ehrung ist lehnsmäßig oder fideikommissarisch gebundener Besitz. Der vom Antragsteller zu erbringende urkundliche Nachweis des mindestens 200jährigen Besitzes des Anwesens muß sich auf die Geschichte der Familie und auf die Geschichte des Anwesens erstrecken. Die Anträge sind an den zuständigen Kreisbauernführer zu richten. Die Namen der mit einem Ehrenblatt ausgezeichneten Familien werden in ein „Ehrenbuch des schlesischen Bauernstandes" eingetragen.

Das Gesamtbild der Ehrenurkunde der Landesbauernschaft Schlesien wird von einem stehenden Landmann inmitten der durch das schlesische Wahrzeichen, den Zobtenberg, im Hintergrund gekennzeichneten Landschaft beherrscht. Der zielbewußte Gesichtsausdruck des Sämanns, der ausladende Schwung des muskulösen Armes und seine gesamte Haltung sind Ausdruck jenes menschlichen Schaffensdranges, der die beste Quelle seiner Kraft in der heimatlichen Scholle findet. Neben der Beschriftung zeigen Bildstreifen in symbolischer Weise die Entwicklung von Mensch und Pflanze. Die Grundidee der Ausführung der Ehrenurkunde ist die Versinnbildlichung der ewig schöpferischen Kraftarbeit des Landmanns in seiner naturverbundenen Tätigkeit auf heimatlicher Scholle.

Beispielloser Erfolg der Luftschutzwerbewochen

Görlitz. Die Luftschutzwerbewoche brachte der Bezirksgruppe Görlitz des Reichsluftschutzbundes einen großen Erfolg, der in ganz Deutschland einzigartig dastehen dürfte. Die Mitgliederzahl konnte in Görlitz in einem Zeitraum von acht Tagen von 1500 auf etwa 20 000 Einzelmitglieder erhöht werden. Damit sind etwa vier Fünftel aller Görlitzer Haushaltungen im Reichsluftschutzbund organisiert.

Neusalz. Bei der Ortsgruppe Neusalz des Reichsluftschutzbundes haben sich innerhalb von 14 Tagen 1133 Personen als Mitglieder angemeldet.

Vor dem Termin einem Herzschlag erlegen

Guhrau. Beim Abtransport des in Glogau im Gerichtsgefängnis einsitzenden Handlungsgehilfen Bruno Füssel aus Tarpen zu einem Gerichtstermin beim Amtsgericht Guhrau brach dieser plötzlich vom Herzschlag getroffen zusammen und verschied. Füssel war auch in die Alt-Guhrauer Waffenraubangelegenheit verwickelt, die wegen ihres hochverräterischen Charakters vor dem Breslauer Oberlandesgericht verhandelt werden soll.

Nachtragsumlage der Landesbauernschaft Schlesien

Die in den Reichsnährstand übergegangenen Verbände hatten Mitgliedsbeiträge nur bis zum 31. Dezember erhoben. Zur Finanzierung der auf die Landesbauernschaft Schlesien übernommenen Einrichtungen erhebt die Landesbauernschaft eine Nachtragsumlage in Höhe von 1½ Prozent des Grundsteuerreinertrags für die Zeit bis zum 31. März.

Brieg. Vom Zuge überfahren. In der Nähe des Brieger Bahnhofs wurde der etwa 30 Jahre alte Landwirt Friedrich Griebsch aus Sambowitz, Kreis Brieg, von einem aus Richtung Oppeln kommenden D-Zug erfaßt und sofort getötet. Griebsch war vor kurzem aus der Heil- und Pflegeanstalt in Brieg entwichen und soll planlos umhergelaufen und auf die Gleise geraten sein.

Aus Breslau

Auflösung der Industrie- und Handelskammer

Neues Präsidium bestellt

Breslau. Der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit hat die Industrie- und Handelskammer Breslau in der gegenwärtigen Zusammensetzung aufgelöst und das Präsidium in folgender Zusammensetzung berufen: Präsident Dettmer-Gauwirtschaftsberater der NSDAP., 1. Vizepräsident Bankdirektor Rein, 2. Vizepräsident Stadtrat Stosch, 3. Vizepräsident Stadtrat Siefen.

Schiegauer Doppelmörder legt Revision ein

Neisse. Konstantin Suchy aus Schiegau, der wegen Ermordung seiner Geliebten und deren Mutter zweimal zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden war, hat jetzt gegen das Urteil Revision eingelegt.

Glänzende Sportverhältnisse im Gebirge

Hirschberg. Im Riesengebirge ist groß Kälte eingetreten. Freitag morgen waren auf der Schneekoppe 16 Grad, an der tiefsten Stelle des Hirschberger Tals 20 Grad Kälte, sonst aber herrscht prachtvolles Winterwetter bei Sonnenschein und herrlicher Aussicht von und nach dem Gebirge. Die Sportverhältnisse sind im Riesengebirge zurzeit geradezu glänzend. Die Stiifähre ist sehr gut und auch die bis ins Tal reichenden Rodelbahnen befinden sich in bester Beschaffenheit. Die Schneehöhe auf dem Kamm beträgt einen Meter und darüber.

Bad Flinsberg. Die starken Schneefälle der letzten Tage haben im Verein mit dem fast nicht weichen wollenden Nebel ein wahres Winterparadies im Isergebirgs geschaffen. Jetzt, wo der blaue Himmel sich strahlend über dem Gebirge wölbt, erkennt man erst die wahren Schönheiten der tief verschneiten Berge, die zudem noch von den Tälern bis hinauf zu den Gipfeln in herrlichstem Rauhreif prangen. Die Sportverhältnisse sind ausgezeichnet. Aus Bad Flinsberg werden 25 Zentimeter Schneehöhe und 10 Zentiefer Neuschnee, von der Heufmuderbaude 80 Zentimeter Schnee, 10—15 Zentimeter Neuschnee und von Groß-Iser 60 Zentimeter Schnee und 5—10 Zentimeter Neuschnee gemeldet.

Zwei Vorstandsmitglieder der Bauernbank verhaftet

Der Untersuchungsrichter in Breslau hat gegen den Kaufmann Julius Herrman und den Bankangestellten Georg Schlinske beide aus Breslau, die Voruntersuchung wegen Unterschlagung bezw. Untreue gegen die Bauernbank E.G.m.b.H. in Breslau eröffnet. Beide Angeschuldigten, die Vorstandsmitglieder der Bankwaren, befinden sich in Untersuchungshaft.

— Eine Frau durch Balkenbrand rauchvergiftet. Am Donnerstag abend brach in einem Hause in der Schmiedebrücke ein Balkenbrand aus, der von einem schadhaften Schornstein ausging. Durch den Brand war ein Stockwerk stark verqualmt; die Wohnungsinhaberin mußte herausgeholt und mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht werden. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht.

Hirschberg. Zweifacher Lebensretter. Der dreizehnjährige Schüler Heinz Röhricht in Hirschberg-Cunnersdorf hat in der vorigen Woche zwei Menschen das Leben gerettet. Unter Einsetzung des eigenen Lebens rettete er einen achtjährigen Knaben, der beim Schlittschuhlaufen auf dem Zacken eingebrochen war, und drei Tage später ein fünfjähriges Mädchen, das gleichfalls in den Zacken gestürzt war.

Waldenburg. Diamantene Hochzeit. In Weißstein feierten der Berginvalide Wilhelm Kretschmer, 89 Jahre alt, und seine Ehefrau Pauline, 83 Jahre alt, das seltene Fest der diamantenen Hochzeit.

Gerichtliches

Wieder zwei Spione verurteilt

Der 1. Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verurteilte am Freitag einen Angeklagten wegen versuchten Verbrechens gegen § 1 des Spionagegesetzes und wegen Paßvergehens in drei Fällen unter Wegfall einer vom Schöffengericht in Breslau im Jahre 1932 verhängten Gefängnisstrafe zu insgesamt 7 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Ein zweiter Angeklagter wurde ebenfalls wegen Verbrechens gegen § 1 des Spionagegesetzes und wegen Paßvergehens in vier Fällen unter Wegfall einer vom Schöffengericht in Breslau im Jahre 1932 verhängten Gefängnisstrafe zu insgesamt sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Heilmittelschwindler unschädlich gemacht

Die Große Strafkammer Breslau verurteilte den Chemiker Julius Reichelt wegen Betruges in Rückfalle in neun Fällen zu zwei Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung der Strafe wird er zwecks Sicherungsverwahrung in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht. Der Angeklagte ist bereits 19 mal wegen Heilmittelvertriebs vorbestraft. In neun Fällen wurde er aus § 51 freigesprochen, doch nahm er immer wieder seine Schwindeleien auf. Die von ihm vertriebenen Medikamente waren zum Teil unwirksam, zum Teil sogar schädlich.

Leserwettbewerb

Wir beginnen nachstehend mit dem Abdruck der im Deutschen Journalistenwettbewerb „Mit Hitler in die Macht" vom Preisgericht ausgewählten Arbeiten. Den Vorsitz des Preisgerichtes hatte bekanntlich Reichsminister Dr. Goebbels. Der Abdruck der fünf preisgekrönten Arbeiten erfolgt ab heute fortlaufend in beliebiger Reihenfolge ohne Kennzeichnung der erfolgten Prämiierung. Die Reihenfolge der Prämiierung (mit dem 1., 2., 3., 4., 5. Preis) ist nur dem Preisgericht bekannt.

Die deutschen Zeitungsleser sollen nun selbst darüber urteilen, welche der Arbeiten mit dem 1., 2., 3., 4., 5. Preis ausgezeichnet worden ist.

Für die richtige Lösung ist von Dr. Dietrich ein Preis von RM 1000,— ausgesetzt worden. Gehen mehrere richtige Lösungen ein, so wird der Preis in fünf Preise zu je RM 200,— geteilt. Gehen mehr als fünf richtige Lösungen ein, so werden die fünf mit einem Preis von RM. 200,— bedachten Lösungen unter Ausschluß des Rechtsweges durch das Preisgericht durch Los bestimmt.

Die Einsendungen sind bis zum 15. Februar zu richten an den

Reichsverband der Deutschen Presse,
Berlin W 10, Tiergartenstraße 10.

Jeder Einsendung muß die letzte Bezugsquittung einer Zeitung, in der die Arbeiten veröffentlicht wurden, beigefügt werden. Einsendungen ohne ordnungsgemäße letzte Bezugsquittung werden nicht berücksichtigt.

Arbeit A

„Fanget an"

NSK. Ein langgestreckter, graudüsterer Hof: ein Hof wie unzählige andere auch. Und doch ist dieser Hof ein besonderer Hof; denn er kann erzählen von bitterem Leid, von Elend und Sorge und von tausendfältigen Enttäuschungen. Er ist darum ein besonderer Hof, weil er nur betreten werde mit tiefem Haß und wieder verlassen wurde mit Bitterkeit. Er kann erzählen, dieser Hof, von Stunden der Zwietracht der Brüder eines Volkes, seine hohen Häuserwände hatten wider von den gellenden Schreien verhetzter Menschen, vom Wimmern und Stöhnen der Niedergeschlagenen, die politischer Rache zum Opfer fielen.

Viele Höfe gleichen in Frankfurt Eindhoven diesem Hof.

Und doch ist wiederum gerade dieser Hof ein besonderer Hof, dieser Hof des Frankfurter Arbeitsamtes. Denn er war auserseben, neues Leben, neue Hoffnung hinauszutragen in ein verzweifeltes Volk. Und dieser kleine unscheinbare Hof im Herzen der alten Freien Reichsstadt am Main wird dereinst eingehen in die Geschichte eines neuen Reiches, wird Zeuge sein eines neuen Geistes.

Sein Geburtstag ist der 23. September 1933.

In diesem Hof, eingeengt zwischen hohen Häuserwänden, wurde der neue deutsche Arbeitsmensch geboren, der freie Arbeiter der Faust. Und in ihm wurde geboren der Glaube des deutschen Arbeiters an den Führer.

Das aber geschah so . . .

An jenem Morgen des 23. September 1933 betraten, gegen 7 Uhr morgens, siebenhundert deutsche Menschen zum letzten Male nach langen Jahren der Not diesen Hof. Sie traten an nicht um wieder Schlange zu stehen, sondern sie traten an in zehn Gliedern, Alte und Junge, mit hoffnungsfreudig leuchtenden Gesichtern, aus denen Not und Sorge ausgelöscht waren. Sie standen da im blauen Arbeitskittel, im Ehrenkleide des deutschen Arbeitsmannes. Und diese Siebenhundert hörten ein beglückendes Wort: „Ihr seid nun zum letzten-Male im Hofe des Arbeitsamtes, den ihr so lange mit Erbitterung betreten habt . . .!" und sie hörten voll tiefer Freude das andere Wort: „Fanget an!"

Und in siebenhundert deutschen Arbeiterherzen keimte ein Glaube . . .

Und zur gleichen Stunde keimte dieser Glaube in tausend anderen, einst leiderfüllten Herzen; das aber geschah in den Herzen der Frauen und Mütter der Siebenhundert, denn diese Stunde brachte wieder Brot, erworben durch ehrlicher Hände Arbeit.

Das war die Geburtsstunde des Glaubens.

Der aber wurde vertieft, als die Siebenhundert zum letzten Male durch das Tor des Hofes schritten und auf dem Börsenplatz zu Frankfurt aus der Hand des Statthalters ihr Arbeitsgerät empfingen.

Und wieder wurde ihnen das Wort gelagt: „Fanget an!"

Das Wort, auf das ein Millionenheer seit Jahren gewartet. Und sie, diese Siebenhundert, waren auserseben, die Ersten zu sein bei dem Bau eines neuen Reiches, die Ersten dieser Millionenarmee, sie sollten das Wort wahr machen. Und ihr Glaube wurde mächtig, ihre Herzen schlugen höher, als sie durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt marschierten, nach ihrem Arbeitsplatz. Sie alle wurden sich bewußt, daß auch ihnen dieses Festkleid der Straßen galt. Denn ihnen, diesen siebenhundert Menschen der Arbeit, galt der Jubel der Menschen, nicht etwa dem Arbeiter Soundso, der zufällig mitmarschierte. Nein, sie alle fühlten, daß dieser ehrliche Jubel dem Bruder im Arbeitskittel, dem deutschen Volksgenossen galt. Sie fühlten die Schranken fallen, die einstmals künstlich aufgerichtet wurden und die das Volk trennten. Dieser Marsch aber gab ihnen das stolze Gefühl der Verbundenheit wieder.

Und der Glaube an das Wort „Fanget an" und an das Reich wuchs, ergriff sie und wühlte sie auf; die, die da auf der Straße marschierten und die, die an der Straße standen.

Und dieser Marsch der Siebenhundert fand ein Echo im ganzen Reich. Allüberall zündete der Geist der marschierenden Arbeiter, rüttelte die Lauen auf, zeigte ihnen den Willen eines neuen Deutschland. Eines Deutschland der Arbeit, eines Deutschland einig in einem Führer.

Der Wille des einen aber war es, der diese Siebenhundert aus dem düsteren Hof des Arbeitsamtes hinausführte in die wahre Freiheit, der sie alle wieder machte zu freien und stolzen Menschen, der ihnen den Platz wiedergab, der ihnen gebührt im Volk.

Und diese Siebenhundert verstanden den Ruf des Führers und traten vor ihn hin dort am Ufer des Mainflusses, voll Glauben an ihn und sein Werk. Sie verstanden ihn auch, als er in ihrer Sprache zu ihnen sprach; denn er war einer der ihren, er fühlte wie sie, er dachte wie sie. Er sprach nur zu ihnen und gab ihnen den Befehl:

„Fanget an!"

Und sie wurden Zeugen des Augenblicks, als sich der Spaten zum ersten Spatenstich tief in die Erde senkte; als der Führer, ihr Führer, das Zeichen gab zum „Fanget an!" der Arbeit, einer Arbeit, die das ganze deutsche Volk erfassen sollte. Und dieses Volk verstand den Sinn dieser Tat und das Wollen des Führers.

Das Wort „Fanget an!" wurde das Losungswort eines ganzen Volkes, wurde das Zeichen des Sieges.

Und aus den Siebenhundert, die an jenem Morgen des 23. September 1933 voll Hoffnung und Glauben auszogen aus dem Hofe des Frankfurter Arbeitsamtes, wurden Tausende und aber Tausende, die das Wort aufgriffen, das ihnen zugerufen wurde

Das aber war das Werden des neuen Reiches.

„Fanget an!"

Der große Preis der Nationen

um den beim Reitturnier in Berlin anläßlich der grünen Woche gekämpft wurde, ist von der deutschen Mannschaft unter Führung von Major von Waltenfels mit 24 Fehlern vor der französischen mit 36 Fehlern gewonnen worden.

Gauleiter Brückner bei Adolf Hitler.

Freitag nachmittag wurde der schlesische Gauleiter und Oberpräsident, Helmuth Brückner, vom Führer im Hotel Kaiserhof in Berlin zu einem längeren Vortrag über gesamtschlesische Fragen empfangen.

Professor Fritz Haber †.

Auf der Durchreise starb in Basel der bekannte deutsche Chemiker im Alter von 66 Jahren. Seine größte wissenschaftliche Tat ist die Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft und seine unmittelbare Verbindung mit Wasserstoff zu Ammoniak. Während des Krieges organisierte Professor Haber die deutsche chemische Industrie für Rüstungszwecke. Zahlreiche wissenschaftliche Gesellschaften ernannten den Forscher zu ihrem Ehrenmitglied.

Erste Sitzung des Landeserbhofgerichtes in Celle am 8. Februar.

Berlin. Am Donnerstag, den 8. Februar, findet in Celle die erste Sitzung des nach den Bestimmungen des Erbhofgesetzes errichteten Landeserbhofgerichtes statt. Der ersten Sitzung geht eine kurze Feierlichkeit voraus, der der preußische Justizminister Kerrl und Staatssekretär Freisler sowie Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden beiwohnen werden. An die Sitzung schließt sich sofort die praktische Arbeit des Gesetzes an.

Insgesamt 176 Jahre Zuchthaus im Hamburger Sprengstoff-Prozeß.

In dem großen Hamburger Sprengstoffprozeß, der das Hanseatische Sondergericht fast zwei Wochen lang beschäftigt hat, wurde das Urteil gefällt. Von den 31 Angeklagten wurden zwei freigesprochen. Gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt, die übrigen 28 Angeklagten wurden z. T. unter Einbeziehung früherer rechtskräftig erkannter Strafen zu insgesamt 176 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Hauptangeklagten erhielten Zuchthausstrafen von 10 bis 15 Jahren.

Lokales.

Namslau, den 5. Februar 1934.

= **Reichszuschüsse für Instandsetzungen und Umbauten.** In Nr. 28 unseres Blattes gaben wir eine Verfügung des preußischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit bekannt. In der Wiedergabe ist ein Fehler unterlaufen. Die Verfügung lautet an der in Frage kommenden Stelle: „Da bei der großen Zahl der eingehenden Anträge damit gerechnet werden muß, daß nicht allen Anträgen wird entsprochen werden können, **kann ich es nicht mehr zulassen,** daß ein Zuschuß bei Anträgen, die nach dem 31. Januar 1934 gestellt werden, gewährt wird, sofern mit den Arbeiten vor Erteilung des Vorbescheides begonnen ist."

= **Erste Sitzung der Gemeinderäte.** Bekanntlich ist durch das neue Gemeindeverfassungsgesetz auch in den Gemeinden das Führerprinzip durchgeführt. Sitzungen und Beschlußfassungen durch den bisherigen Magistrat und die bisherige Stadtverordnetenversammlung finden seit dem 1. Januar 1934 nicht mehr statt. Die gesamte Verwaltung und die Entscheidung in allen Fragen liegt allein bei dem Leiter der Gemeinde, zu dessen Beratung aus den Bürgern der Stadt um Volk, Staat oder Gemeinde verdiente oder erfahrene Männer, die sogenannten Gemeinderäte, berufen werden. Ihre Berufung soll spätestens bis zum 1. April 1934 erfolgen. Bis dahin gelten als Gemeinderäte mit den diesen übertragenen Obliegenheiten die Mitglieder der bisherigen Stadtverordnetenversammlung, denen der oberste örtliche Leiter der NSDAP. und der rangälteste Führer der Sturmabteilungen oder der Schutzstaffeln hinzutreten. Die Gemeinderäte treten am kommenden Donnerstag, den 8. Februar d. Js. zum erstenmal im Sitzungssaal des Rathauses zusammen. Im Gegensatz zu den Versammlungen der früheren Stadtverordnetenversammlung sind die Beratungen der Gemeinderäte nicht öffentlich.

= **Künftig einheitliche Regelung bei Verboten von Theateraufführungen.** Amtlich wird mitgeteilt: Die einheitliche Linie der vom Reich verfolgten Kulturpolitik ist bisher auf dem Gebiete des Theaterwesens teilweise dadurch gestört worden, daß von örtlichen Polizeibehörden die Verbote von Theateraufführungen uneinheitlich gehandhabt wurden. Es ist vorgekommen, daß das gleiche Stück in einer Stadt verboten und in der anderen erlaubt wurde. Um in Zukunft eine solche Uneinheitlichkeit zu verhindern, hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, in dessen Hand die Theaterpolitik des Reiches liegt, die Landesregierungen ersucht, ihm vor dem Verbot eines Theaterstückes Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

= **Werbung für Zeitungen und Zeitschriften in den Schulen.** Dem preußischen Kultusminister ist berichtet worden, daß Organisationen und Zeitschriften Verleger an die Leiter und Lehrer herangetreten sind, um sie zum Bezug bestimmter Zeitschriften, Zeitungen usw. aufzufordern. Sie kommen vielfach mit Empfehlungen, die amtlichen oder halbamtlichen Charakter haben und mit denen ein gewisser Zwang auf die Schulen ausgeübt werden soll. Um Klarheit zu schaffen, hat daher, wie das VDZ.-Büro meldet, der Minister verboten, Zeitschriften, Zeitungen usw. in einer Form zu empfehlen, die den Anschein eines amtlichen oder halbamtlichen Zwanges erwecken könnte. Es kann somit auch niemand zum Bezug solcher Zeitschriften, Zeitungen usw. verpflichtet werden. Der Minister hat die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ersucht, unnachsichtlich gegen alle Schulleiter und Lehrer vorzugehen, über die wegen Ausübung eines Zwanges Beschwerden einlaufen sollten.

Einladungen, Hochzeitslieder, Dankkarten
fertigt schnell, sauber und preiswert
Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H

Dienstag, den 6. Februar

7.25 Dresden: Morgenkonzert (Dresdener Solistenensemble)
9.30 Schulfunk für Berufsschulen
10.10 Schulfunk für höhere Schulen
11.25 M. Tröbst: Ein Kapitel deutscher Saatgutzüchtung
12.00 München: Mittagskonzert des Rundfunkorchesters
13.25 Beliebte Melodien (Schallplattenkonzert)
15.10 Aus alten schlesischen Kirchenbüchern
15.30 Kinderfunk: Wir machen Faschingsschmuck
16.00 München: Nachmittagskonzert des Rundfunkorchesters
17.30 München: Deutsche Geistesarbeit. Betrachtung von Jakob Schaffner
17.50 München: Zur Erholung für Ausspruchsvolle!
18.10 Dipl.-Landwirt Karsunky: Was soll der Junge werden?
18.30 Der Zeitdienst berichtet — Gespräch mit Landarbeitern über ihre Stellung zum Feierabendwerk
19.00 Deutschlandsender: Reichssendung: Ich träumt' in seinem Schatten. Szenen um deutsche Volkslieder
20.10 Deutschlandsender: Major a. D. Weberstedt: Ein Jahr Kampf um deutsche Gleichberechtigung
20.20 Wem die Fabrikstirene heult! (Hörwerk)
22.25 Hans Arlt: Zehn Minuten Funktechnik
22.35 Leipzig: Heute gibt's im Radio Tanzmusik

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 3. Februar 1934. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise, für volle Wagenladungen (Dellsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste für 1000 kg = 1 Tonne
Dellsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, mind. 15 Tonnen Mehl . . . . . „ 100 kg
Kümmereien . . . . . „ 50 kg
frachtfrei Breslau
Kartoffeln, Rauhfutter „ 50 kg
ab Erzeugerstation.

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.	3. 2.	2. 2.
Weizen Durchschnitts-Qual., Hektolitergew. 75½ kg gesund und trocken	183.—	183.—
dto. Hektolitergew. 77 kg, gesund und trocken	—.—	—.—
dto. Hektolitergew. 74 kg, trocken für Müllereizwecke	—.—	—.—
Roggen Durchschnitts-Qual., Hektolitergewicht 72 kg gesund und trocken	150.—	150.—
dto. Hektolitergew. 74 kg, gut, gesund und trocken	—.—	—.—
dto. Hektolitergew. 70 kg, trocken, für Müllereizw.	—.—	—.—
Hafer, mittlerer Art und Güte, 45 kg	135.—	135.—
dto. 48—49 kg	138.—	138.—
Braugerste, feinste	178.—	178.—
dto. gute	—.—	—.—
Industriegerste, 68—69 kg	163.—	163.—
Industriegerste, 65 kg	160.—	160.—
Vierzeilige Wintergerste 63 kg	153.—	153.—
Zweizeilige Wintergerste	—.—	—.—

Die Mindestpreise für das Preisgebiet II, in welches die Provinz Niederschlesien mit Ausnahme der Kreise Grünberg und Hoyerswerda fällt, betragen für den Monat Februar bei Weizen 182.50 pro to bei Roggen 150.00 pro to ab Verladestation und frei Mühle.

Tendenz: Fast geschäftslos bei anhaltenden Transportschwierigkeiten.

Hauptschriftleiter: Hans Tietze, Wilkau.
Stellvertreter des Hauptschriftleiters: Franz Otto, Namslau.
Verantwortlich für den gesamten Textteil und den Anzeigenteil: Hans Tietze, Wilkau. (DA I. 1650)
Druck u. Verlag: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau

Plötzlich und unerwartet holte der treue Heiland unseren lieben Vatel, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Postagenten und früheren Tischlermeister

Paul Wegehaupt

im Alter von fast 64 Jahren heim in sein himmlisches Reich.

In großem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen:

Ida Wegehaupt
Klara Wegehaupt
Emma Speer, geb. **Wegehaupt**
Ernst Speer.

Eckersdorf und Strehlitz,
den 3. Februar 1934.

Beerdigung: Donnerstag, den 8. Februar 1934, nachmittags 2 Uhr.

Namslauer Lichtspiele Grimm's Hotel

Heut, Montag, abends 8 Uhr letzte Vorführung
Die Himmelsflotte.
Im Beiprogramm:
Ufa-Wochenschau und „Das 13. Weltwunder".

Statt Karten!

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Charlotte** mit Herrn **Kurt Grund** geben wir hiermit bekannt.

Paul Fuhrig und Frau
Magda, geb. Krichler.

Namslau, im Februar 1934.

Charlotte Fuhrig
Kurt Grund
Verlobte

Namslau Breslau

Sauberes und ehrliches
Hausmädchen
(vom Land), Kochkenntnisse, Haushalt und Kinderpflege (2 Kinder 1 und 2 Jahr) Bedingung, per **sofort** gesucht.
Fritz Ochmann
Zigarrengeschäft
Oels, Ohlauerstr. 20. Tel. 443.

Inserieren bringt Gewinn

E. & W. Kittner, Namslau.

Wenn Sie versäumt haben
unsere Zeitung bei dem Postboten oder bei dem Postamt für den Monat **Februar** zu bestellen, dann können Sie die mündlich oder schriftlich in der Geschäftsstelle in Namslau Andr.-Kirchst. 13, jederzeit ohne Erhöhung des Preises nachholen.

Städtische höhere Schule.
(Gehobene Klassen der ev. Volksschule).
Anmeldungen
der Knaben und Mädchen, die Ostern 1934 in die Sexta eintreten sollen, werden werktäglich von 12—13 Uhr entgegengenommen. Tauf- und Impfschein sind vorzulegen.
Pickert, Rektor.

Versäumen Sie nicht die Erneuerung Ihres Loses
zur **5. Klasse.**
Kauflose in allen Teilungen noch zu haben.
Ziehung vom 8. Februar bis 14. März 1934.
Haesler, Staatl. Lotterie-Einnahme
Namslau.

Sie sind zu dick!
Herz, Leber, Darm, Niere usw. arbeiten besser, wenn Sie mindestens 10 Pfd. abnehmen. Schlank sehen heißt gesund sein. Schlank sein, heißt auch schön sein. Beginnen Sie noch heute mit der fettschmelzenden „Relaxa"-Kur. Ohne anschädlichen Reifetrunegsabführ. RM 1.75, in allen Apotheken erhältlich. Verlangen Sie nur „Relaxa".

Visitenkarten
fertigt an
Namslauer Druckerei-Gesellschaft.